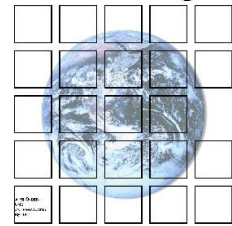


Erlangen, 4.März 2016

Presseerklärung des Ausländer- und Integrationsbeirats zum  
Bürgerentscheid:

## **Wahlrecht für alle: Demokratie braucht jede Stimme - auch beim Bürgerentscheid!**

Stadt Erlangen



Für den STUB-Bürgerentscheid am kommenden Sonntag sind insgesamt 83.000 Erlanger Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Über 10% der Erlanger Bürger im wahlberechtigten Alter, nämlich knapp 9.000 Einwohner, sind jedoch von der Abstimmung ausgeschlossen. Denn die sogenannten „Drittstaatsangehörigen“, Einwohner also, die weder eine EU- noch eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, haben nach wie vor kein kommunales Wahlrecht in Deutschland.

Ein Großteil dieser Menschen ist hier geboren oder lebt bereits seit vielen Jahren in Deutschland. Sie finanzieren über ihre Steuergelder die öffentlichen Haushalte, benutzen tagtäglich Straßen, Busse und Bahnen, um nach Erlangen ein- und auszufahren oder sich innerhalb der Stadt zu bewegen. Aus diesem Grund haben Sie wie jeder Erlanger Einwohner ein berechtigtes Interesse, bei dieser Grundsatzentscheidung mitzuwählen. Integration setzt voraus, bei der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können, die STUB-Abstimmung hat direkte Auswirkung auf jeden einzelnen Einwohner\_innen.

Nach wie vor existiert in Deutschland also ein Dreiklassenwahlrecht. Es besteht aus Deutschen mit vollem Wahlrecht, EU-Bürgern mit eingeschränktem Wahlrecht und Drittstaatsangehörigen ohne jegliches Wahlrecht. Mit der Vorstellung von Integration ist dies nicht vereinbar. Die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft ist es, die gesamte Bevölkerung in die politischen Entscheidungen einzubeziehen. In den Unternehmen ist diese Beteiligung beispielsweise bei den Betriebsratswahlen bereits gegeben. Und auch in insgesamt 15 der 28 EU-Mitgliedsstaaten gibt es seit langem ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige.

Aus diesem aktuellen Anlass verweist der AIB nochmals auf die landesweit laufende Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte in Bayern (AGABY) – „Kommunales Wahlrecht für Alle!“ (<http://demokratie.agaby.de/>). In Städten, Gemeinden und Landkreisen darf ein Teil der Bürger nicht länger von der Willensbildung ausgeschlossen sein. Das kommunale Wahlrecht für alle Migranten, die hier leben, wäre ein ganz wichtiges Signal für die Anerkennung und Wertschätzung Ihrer Integrationsbemühungen.